

Mittepartei, katholisch, sucht . . .

Die CVP macht vieles richtig – aber reicht das auch?

Christina Neuhaus

Die CVP ist derzeit eine einzige Casting-Show: Sie sucht ein Profil, neue Wähler und nun auch noch einen Bundesrat. Die Suche nach einem neuen Mitglied der Landesregierung hätte dem CVP-Wahlkampf den dringend benötigten Schwung verleihen sollen. Doch so, wie das die abtretende Doris Leuthard wohl geplant hatte, läuft es derzeit nicht. Seit die Bundesrätin im Sommer 2017 ohne Not verkündet hatte, höchstens noch bis Ende der Legislatur im Amt zu bleiben, steht die Partei im Schatten einer möglichen Ersatzwahl. Erst wurde der Ruf nach einer Frauenkandidatur laut, dann beklagten sich einige CVP-Politikerinnen über mangelnde Frauenförderung an der Parteispitze, und schliesslich sah sich Parteipräsident Gerhard Pfister genötigt, noch vor Leuthards Rücktrittsverkündung seinen Verzicht auf eine Kandidatur bekanntzugeben.

Seither folgt Absage auf Absage. Der Luzerner Ständerat Konrad Graber will plötzlich nicht mehr. Der in Bern gut vernetzte und respektierte St. Galler Volkswirtschaftsdirektor Beni Würth will zwar, verzichtet aber aus Gründen des Fairplay. Der als Geheimtipp gehandelte Obwaldner Ständerat Erich Ettlín will lieber Steuerexperte bleiben, während sich sein Solothurner Amtskollege Pirmin Bischof – ein Langzeitaspirant auf das Amt – auf Vaterpflichten besinnt.

Cambridge Analytica à la CVP

Ihr Interesse bekundet haben bisher zwei Frauen und ein Mann. Die Baselbieter Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter, die Urner Sicherheitsdirektorin Heidi Z'graggen und der Zuger Ständerat Peter Hegglin wollen aufs CVP-Ticket. Erwartet wird zudem, dass bald auch die Walliser Nationalrätin Viola Amherd ihre Kandidatur bekanntgeben wird. Amherd ist im Bundeshaus die Kronfavoritin der Linken und einiger bürgerlicher Frauen. Tritt sie an, sind ihre Chancen gut. Die CVP-Findungskommission könnte also – wie von vielen gefordert – tatsächlich ein weibliches Doppelticket nominieren. Aber so richtig froh stimmt diese Aussicht derzeit nur die Linke und Frauenorganisationen. Viele Bürgerliche sähen lieber Pfister im Bundesrat. In den Medien beginnt das grosse Mäkeln über die Kandidaten, und innerhalb der Partei fragen sich viele, weshalb Doris Leuthard ihre Amtszeit nicht einfach beenden konnte. Als sie 2006 auf Joseph Deiss folgte, war das, als würden in einem verdunkelten Zimmer die Fensterläden aufgestossen. Nun fürchtet man, dass zumindest die

Vorhänge wieder zugezogen werden. Die Bundesratswahl, die die angeschlagene Mittepartei in ein strahlendes Licht hätte tauchen sollen, wirft derzeit mehr Schatten als Licht.

Das ist bitter für die CVP, und es ist bitter für die Parteispitze unter Pfister. Denn eigentlich macht die Partei seit seiner Wahl vieles richtig. Weil sich die CVP in ihren Stammländern von der SVP bedrängt sah, schärfte Pfister das Profil und versucht seine Partei seither auf einen bürgerlich-sozialen Kurs zu einigen. Gleichzeitig krempelt er die Partei strategisch und organisatorisch komplett um. Die Strukturen werden professionalisiert, die Kommunikation mit den Kantonalparteien wurde verbessert, und seit diesem Jahr setzt die CVP als eine der letzten Schweizer Parteien dazu an, die sozialen Netzwerke zu erobern. Der Vorstand hat kürzlich grünes Licht für eine Online-Kampagne gegeben, die sich stark an amerikanischem Vorbild orientiert. Im Auftrag der Partei setzt eine auf Datenanalyse spezialisierte Kommunikationsagentur dazu an, potenzielle CVP-Wählerinnen und -Wähler mithilfe von Micro Targeting und Social Matching zu eruiieren und gezielt anzusprechen. Die Agentur bedient sich dabei einer Technologie, die durch das britische Datenanalyse-Unternehmen Cambridge Analytica bekannt wurde. Mit Bedacht angewendet, verspricht die Methode durchaus Erfolg. Mit einer guten Mobilisierungskampagne lassen sich wohl zwischen 1 bis 3 Prozent zusätzliche Wähler an die Urne bringen. Für die CVP, die seit 2015 fast 30 Sitze in den kantonalen Parlamenten verloren hat und laut Umfragen derzeit bei 10,1 Prozent Wähleranteil liegt, wäre dies die Rettung vor dem drohenden Abstieg in die Bedeutungslosigkeit.

«Will nicht, muss nicht»

Auf die Frage, weshalb die CVP seit Anfang der 1990er Jahre von 18 auf heute etwas über 10 Prozent abgeglitten ist, gibt es viele Theorien. Der Rechtsrutsch, der angeblich unter Pfister eingesetzt hat, taugt allerdings nicht als Erklärung. Im Parlament sucht die CVP-Fraktion ihre Mehrheiten zum Ärger der Bürgerlichen mehrheitlich bei den Sozialdemokraten. SP-Präsident Christian Levrat attestierte der CVP deshalb, ihre «Rolle als ausgleichendes Element gut zu spielen». FDP-Präsidentin Petra Gössi murt dagegen: «Wir müssen leider feststellen, dass die CVP häufig mit links koaliert, obwohl sich ihr Präsident anders positioniert.» Unzufrieden mit der Mitte ist auch SVP-Chef Albert Rösti. Unter Pfister stimme die CVP im Parlament wenigstens wieder geschlossener, sagte er kürzlich: «Leider auch geschlossener links.» So links, wie die Rechte klagt und die Linke lobt, ist die CVP aber auch wieder nicht. Die als Parteilinke geltende Viola Amherd etwa kommt auf der Links-rechts-Skala des jüngsten Parlamentarier-Rankings auf exakt denselben Wert wie BDP-Präsident Martin Landolt.

Das Hauptproblem der CVP – ihre Positionierung im Zentrum der Schweizer Gesellschaft – ist gleichzeitig ihre Stärke. Nur, aus der Position der Mitte heraus lassen sich keine zusätzlichen Wählerinnen und Wähler mobilisieren. Die politische Polarisierung der Schweiz, die nun schon seit über zwanzig Jahren anhält, fordert ihren Zoll. Polarisierung ist längst zur politischen Strategie geworden. Je stärker die Parteien ihre Thesen zuspitzen, desto höher ist die Resonanz bei ihrem Zielpublikum. Die CVP, die sich naturgemäss in der Mitte bewegt, kann hier nicht mithalten. Bei der jüngsten SRG-Umfrage gaben nur 35 Prozent aller CVP-Wähler an, die Partei wegen ihrer politischen Ausrichtung zu wählen. Bei Polparteien wie der SVP oder den Grünen sind dies 72 beziehungsweise 65 Prozent aller Sympathisanten. Dafür attestiert die Stimmbevölkerung der CVP die grösste Bereitschaft, lösungsorientiert zu agieren. In der SRG-Umfrage gaben 34 Prozent der CVP-Wähler an, die Partei wegen ihrer Kompromissfähigkeit zu berücksichtigen. Die Grüne Partei kommt bei dieser Frage auf einen Wert von 23, die SVP auf einen von 15 Prozent.

An der Delegiertenversammlung, die am Samstag in Luzern stattgefunden hat, gab Pfister sein Bestes, um Zuversicht und Optimismus zu verbreiten. Er sah in den Ergebnissen der letzten vier kantonalen Wahlen die Vorboten einer Trendwende und lobte die CVP als Garantin «gegen Stillstand, Reformstau, Polemik und Polarisierung». Doch es nützte nichts. Die Medienleute, die für einmal in auffallend grosser Zahl an eine Veranstaltung der CVP gepilgert waren, interessierten sich bloss für die Bundesratswahlen. Pfister sah sich genötigt, seine Beteuerung, nicht antreten zu wollen, immer und immer wieder zu wiederholen. Etwas genervt schrieb er kürzlich auf dem Kurznachrichtendienst Twitter: «Ich werde nicht, ich will nicht, ich kann nicht, ich muss nicht. Ich bin sehr zufrieden und erfüllt mit dem Amt, das «neben Papst das schönste» ist.» Pfister zitierte damit den ehemaligen deutschen Vizekanzler Franz Müntefering, von dem auch der schöne Satz stammt, Opposition sei Mist – was Pfister nicht schrieb. Der Sozialdemokrat präsidierte seine Partei gerade einmal ein Jahr und knapp acht Monate lang. Pfister macht den Job nun schon seit zweieinhalb Jahren.

Aus dem NZZ-E-Paper vom 22.10.2018